Protokoll
zur 13. Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr
am 23.04.2003

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 19:00 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und insbesondere als Gäste Herrn Samulski (Pol.-Dir. 4), Herrn Schledz (SenStadt), Herrn Bruhn (BVG) sowie Herrn Dannenberg vom Naturschutz- und Grünflächenamt.

Der Vorsitzende bittet TOP5.12 zu streichen, da dieser in der von ihm verfassten TO nicht enthalten und lediglich vom BVV-Büro hinzugesetzt wurde.

TOP 1 – Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Es sind keine Bürger zu Themen erschienen, die nicht ohnehin auf der Tagesordnung stehen. Diesen Bürgern soll das Wort zu dem jeweiligen TOP erteilt werden.

TOP 2 – Stellungnahme der BVG zu den Linien 184 und 216/218

(vgl. u.a. Anlage II vom 26.03.2003)

Linie 216/218

Der Ausschussvorsitzende führt kurz in die Sachlage ein und bittet Herrn Bruhn von der BVG um eine Stellungnahme. Herr Bruhn erläutert die schlechte Auslastung der bisherigen Linie 216 an den Haltestellen Moorlake, Dachsweg und Nikolskoe. Da die Linie bis Pfaueninsel besser ausgelastet sei und der Wirt sich nach Absprache mit der BVG an den Kosten beteiligt, ist die Linie 218 vom Bahnhof Wannsee bis zur Pfaueninsel verlängert worden. Die BVG hat durch die Einstellung der Linie 216 eine Kostenersparnis von insgesamt ca. 100.000 €. Der anwesende Pächter des Gasthofes Moorlake, Herr Roeder, bittet die BVG darüber nachzudenken, ob durch einen ausgedünnten Takt – mit Verstärkung zu schönen Wochenenden – die Linie 218 nicht weiter bis zum Gasthof Moorlake verlängert werden könne. Weiterhin erklärt er, dass er über 500 Unterschriften gesammelt habe und wirft der BVG vor, dass eine Entscheidung ohne die Mitwirkung der Betroffenen getroffen worden sei. Er wirft der BVG vor, nicht intelligent zu sparen.

Die Fraktion der GRÜNEN bittet um Auskunft darüber, was ein km-Buslinie kostet. Dazu kann Herr Bruhn keine Angaben machen, da es sich hierbei um interne Berechnungen handele.

Herr Bruhn teilt mit, dass Berechnungen vorliegen, die zu der Einstellung der Linie geführt haben. Ferner erklärt er, dass der Besuch des am Wochenende stattfindenden Gottesdienstes nicht in Gefahr sei, da die Haltestelle Pfaueninsel nur ca. 600 m von der Kirche St. Peter und Paul entfernt läge.

Die SPD-Fraktion fragt, ob der Einsatz von kleineren City-Bussen nicht rentabler sei (Herr Bruhn verneint, denn immerhin sind 70 % Fahrpersonalkosten).

BauDez fragt die BVG, ob auch die Stellungnahme des betroffenen Kirchenkreises mit einbezogen wurde.

Herr Bruhn bejaht dies und sagt zu, die neuen Vorschläge im Haus zu prüfen.

Linie 184

Der Ausschussvorsitzende bittet Herrn Bruhn zu dem Vorgang der Linie 184 eine Stellungnahme abzugeben. Herr Bruhn teilt mit, dass nach Prüfung festgestellt worden ist, dass der Bezirk Steglitz-Zehlendorf mit Buslinien gut ausgestattet sei. Außerdem ist die Vorgabe von Seiten des Aufgabenträgers (SenStadt), dass 2 % der Busleistungen in 2003 eingespart werden müssen. Eine seit der S-Bahn-Verlängerung nach Lichterfelde-Süd längst überfällige Netzüberprüfung habe zu dem Ergebnis geführt, dass der Parallelverkehr der ehemaligen Linie 184 mit den Linien 117 und 185 nicht mehr finanzierbar sei. Unter diesen Restriktionen muss den ÖPNV-Benutzern ein Umsteigen auf die S-Bahn oder eine andere Buslinie zugemutet werden. Immerhin sei durch die Maßnahme keine Haltestelle ganz aufgehoben worden. Außerdem sei die BVG mit der Linienänderung des Busses 184 einem Wunsch der BVV nach einer direkten Busverbindung zwischen Zehlendorf-Mitte und Lichterfelde / Lankwitz nachgekommen, die zumindest tagsüber auch gut frequentiert wird.

Die Anwohnerin und Betroffene, Frau Mehlich macht den Vorschlag, dass jeder 2. Bus der nur bis Lichterfelde-Ost fährt, weiter über die Schwelmer Straße bis nach Lichterfelde-Süd verlängert werden solle, da die Betroffenen keine Einkaufsmöglichkeiten ohne eine Busverbindung haben. Herr Bruhn teilt diese Meinung nicht, da dieser Vorschlag einen unrentablen Parallelverkehr von etwa 3 km Länge bedeuten würde und die Schwelmer Straße eigentlich zu schmal für Bus-Verkehr sei. Außerdem sei die Anbindung der Linie 184 an die Linie 117 durch eine Vertaktung Lichterfelde-Ost gewährleistet.

BauDez stimmt den Äußerungen von Herrn Bruhn zu und bittet um Erläuterung, ob die Verfrühungen bzw. Verspätungen der Buslinie geklärt worden sind. Herr Bruhn teilt mit, dass zum 15.06.2003 eine Fahrzeitanpassung mit größerer Übergangszeit am Bahnhof Lichterfelde-Ost in Kraft treten wird.

Die Standpunkte werden ausführlich erörtert.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Betroffenen, sich mit ihren Argumenten an die BVG bzw. an BauDez zu wenden, um ggf. eine weitere Klärung zu finden.

TOP 3 – Fragen zum Vergabeverfahren Wilma-Rudolph-OS
(Fortsetzung; vgl. Anl. V vom 26.03.2003)

BauDez teilt mit, dass er heute ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der betroffenen Firma geführt worden habe. Er erklärt, dass er z. Zt. keinen Anlass für disziplinarische oder strafrechtliche Verfolgung sehe. Da Herr BD Timm heute im Bau-A nicht anwesend ist, bittet BauDez um Vertagung der Nachfrage zu den Einheitspreis-Differenzen. Wenn BauDez die sich aus dem heutigen Gespräch ergebenden Fragen geklärt habe, werde er dem Ausschuss berichten. Der Vorsitzende stellt darauf hin auch seine eigenen Fragen zurück.

TOP 4 - Bericht aus dem Bezirksamt

Der Vorsitzende bittet, zunächst zu der weiteren Verfahrensweisein der schon vor zwei Monaten beschlossenen Akteneinsicht Schwartzsche Villa Stellung zu nehmen.

Daraufhin gibt BauDez folgende Termine zur Akteneinsicht Schwartzsche Villa bekannt:
02.05.2003 von 9.00 bis 15.00 Uhr und 06.05.2003 von 10.00 – 16.00 Uhr im Raum E 303. An diesen Tagen können die Ausschussmitglieder die Akten einsehen.

BauDez gibt bekannt, dass sich die Fachbereiche Tief, Stapl und NG noch einmal zusammengesetzt und die in Planung befindlichen Radverkehrsprojekte in dem zuletzt verteilten Plan nachgetragen haben. Er bittet die Fraktionen, den in der letzten Sitzung ausgehändigten Plan an Frau Andreas zurückzugeben, damit er vom NG auf den aktuellen Stand gebracht und dann wieder an die Fraktionen verteilt werden kann. Auf der Grundlage dieses Planes sollte dann die Diskussion im Ausschuss geführt werden. Der Vorsitzende stellt klar, dass der Ausschuss ein Gesamt-Radwegekonzept erbeten hat.

Auf die Ergebnisse einer AG bei SenStadt zu Radverkehr in Grünanlagen soll nicht gewartet werden, da NGL nicht vor Herbst damit rechnet. BV Hampel ist für die Fraktion der GRÜNEN mit der Rückgabe der Karten und den Äußerungen von NGL einverstanden, weist aber darauf hin, dass er ein Gesamt-Radwegekonzept erwartet.

BV Eichstädt bittet nachdrücklich um Klärung, warum sich die Abgabe der Bau-A-Protokolle ständig verzögert. Es gäbe einen Rückstand von 3 Monaten. Den Ausschussmitgliedern wäre es nicht möglich, sich auf den Ausschuss vorzubereiten, wenn die Protokolle nicht vorliegen. BV Eichstädt sieht hier eine Systematik. Die Steglitzer Mitglieder der Fraktion der SPD erklären, dass sie in früheren Jahren, als die CDU den Dezernten stellte, auch immer lange auf die Protokolle des Bau-A warten mussten. BauDez erklärt dazu, dass das Protokoll einen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeutet, der so schnell nicht zu leisten sei. Er bittet diese Frage im ÄR klären zu lassen. Ferner weist er den Vorwurf der Systematik entschieden zurück.

1. <u>Busspur Malteserstraße</u>
   BauDez bittet die Ausschussmitglieder sich heute eine Meinung zu bilden. Der Vorsitzende fragt nach der gutachterlichen Stellungnahme. Hierzu erläutert BauDez, dass die vom BD Jahnke/CDU in der letzten Sitzung angesprochene gutachterliche Stellungnahme des LSA-Referates von SenStadt vom Amt nicht besorgt werden konnte, da sie von der bei SenStadt für ÖPNV-Beschleunigung zuständigen Stelle als „interner Schriftwechsel“ angesehen werde und deshalb nicht herausgegeben wurde. Die Finanzierung der Busspur würde nicht zu Lasten des Bezirkshaushaltes gehen.

   Herr Schledz (SenStadt) erläutert, dass diese Busspur nunmehr seit etwa 10 Jahren untersucht wird. Die vorliegende Anordnung stelle eine für alle Seiten verträgliche Lösung dar. Wahrscheinlich würden nicht einmal zusätzliche Haltverbote in der Malteserstraße aufgestellt werden müssen.
   Die CDU-Fraktion stellt die Frage, ob die Busspur zu einem Stau in der Malteserstraße führen könnte. Herr Schledz verneint dies und gibt dazu folgende Erläuterungen:
   Die derzeitige Kfz-Belastung des Linksabbiegerstromes von der Malteserstraße in die Paul-Schneider-Straße beträgt maximal 420 Kfz/h.
   Die derzeitige Leistungsfähigkeit der Lichtsignalanlage (LSA) für diese Verkehrsbeziehung beträgt 720 Kfz/h. (Dies ergibt sich nach der Berechnung mit folgenden Eingangsgrößen: Umlaufzeit: 60s; Grünzeit für Linksabbieger: 12 s; mittlerer Zeitbedarf pro Kfz: 2 s; Anzahl der Linksabbiegerspuren: 2).
   Bei Einrichtung der Busspur würde sich die Anzahl der Linksabbiegerspuren auf eine vermindern. Dafür könnte aber die Grünzeit für Linksabbieger von 12 s auf 14 s verlängert werden, da das LSA-Programm noch etwas „Luft“ in der Zufahrt Kamenzer Damm aufweist. Bei diesen Annahmen würde sich eine Leistungsfähigkeit von 420 Kfz/h ergeben, was genau der tatsächlichen Kfz-Belastung entspräche.

Ein lang andauernder Rückstau sei also auch bei einer Busspur nicht zu erwarten. Außerdem kann eine Umlaufzeiterhöhung die Leistungsfähigkeit der LSA weiter steigern.
Der eigentliche Engpass liege aber nicht in der Malteserstraße, sondern in der Paul-Schneider-Straße insbesondere im Teilstück zwischen Gallwitzallee und Kaiser-Wilhelm-Straße. Eine gewisse Drosselung der Kfz-Zufahren in die Paul-Schneider-Straße würde die Stausituationen dort eher vermindern helfen, so dass für den Busverkehr über die Busspur Malteserstraße Beschleunigungseffekte in der Paul-Schneider-Straße erzielt werden können.
Etliche Ausschussmitglieder bitten um Überlassung der gutachterlichen Stellungnahme. Herr Schledz erklärte, dass er diese nicht zur Verfügung stelle. Im Verlauf der Bearbeitung eines Busspur-Vorganges würden Stellungnahmen von allen fachbezogenen Bereichen eingeholt, die in dafür eingerichteten Arbeitskreisen diskutiert und abgewogen werden und am Ende zu einer Gesamtmeinung führten. Die Herausgabe einzelner Fach-Stellungnahmen sei „nicht hilfreich“. Der Vorsitzende bittet Herrn Schledz, diesen Standpunkt zu überdenken. Herr Schledz lehnt dies ab.
Die CDU-Fraktion fragt, ob denn nicht die Anlage der Busspur in der Paul-Schneider-Straße sinnvoller wäre. Herr Schledz erwidert, dass auch dies untersucht, aber Anfang der 90er Jahre verworfen wurde.
Zum Abschluss der Erörterung werden die Fraktionen um ihre Meinung zu der Busspur gefragt. SPD und GRÜE sprechen sich für die Einrichtung der Busspur aus. Die CDU bezweifelt, dass die Busspur gebraucht wird, da die derzeitige Leistungsfähigkeit der Kreuzung weit über der tatsächlichen Belastung liege. In der anschließenden Abstimmung wird die Einrichtung der Busspur mit 5:8:0 Stimmen abgelehnt.

2. <u>Antrag auf Einführung einer Tempo-30-Zone im Bereich Breitenbachplatz/Schorlemerallee/ Englerallee</u>
Das Amt hat den „Antrag“ von Frau Skrobek-Engel vom 25.2.2003 geprüft und sieht weiterhin keinen dringenden Handlungsbedarf. Der erwähnte Straßenzug wird durch die Buslinie 101 befahren, die gerade mühevoll durch viele kleine Maßnahmen beschleunigt wurde. Eine Tempo-30-Strecke würde diesen Erfolg zunichte machen. Ob der Verkehr tatsächlich so stark zugenommen hat wie behauptet wird, ist dem Amt ebenfalls nicht bewusst. Obwohl dem Amt von der Polizei mitgeteilt wurde, dass keine Unfallschwerpunkte auf dem betrachteten Abschnitt liegen, ist ihm die LSA am Knoten Englerallee/Schorlemerallee/Spilstraße als nicht unproblematisch bekannt. Hier wird sich das Amt noch einmal nach einem (bereits zugesagten??) gelben Blinklicht „Achtung Fußgänger“ erkundigen.

3. <u>Verkehrsberuhigung Königstraße in Zehlendorf</u>
Wie bekannt, fordert eine Bürgerinitiative eine Verkehrsberuhigung in der Königstraße, u.a. eine Sperrung des Verkehrs unter der Eisenbahnbrücke oder eine Einbahnstraßenregelung. Die Straßenverkehrsbehörde hat viele dieser Maßnahmen abgelehnt, und das BA hat aufgrund der Einwendungen gegen die veröffentlichte Teileinziehungsabsicht von dem Vorhaben der Teileinziehung Abstand genommen. Immerhin konnte jetzt erreicht werden, dass zu einer gewissen Verlangsamung des Verkehrs am südlichen Fahrbahnrand im Bereich zwischen Mittelstraße und Düppelstraße das bisherige Parken mit zwei Rädern auf dem Gehweg durch ein Parken mit allen vier Rädern auf der Fahrbahn abgelöst wurde, da auf der gegenüberliegenden Seite mit vier Rädern auf dem Gehweg geparkt wird.

Im Übrigen haben die Anwohner bei der Straßenverkehrsbehörde einen Antrag auf Verkehrsbeschränkungen oder -verbote zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen gestellt, der von dort geprüft werden muss.

4. Verkehrsmaßnahmen zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen in der Giesensdorfer Straße
   Im BAU-A. im letzten Jahr hatte Frau Porath aus der Giesensdorfer Straße vorgesprochen und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen gefordert.
   Das Amt wurde aufgefordert, mit den zuständigen Stellen zuerst Kontakt aufzunehmen, um Verkehrszählungen unter Einschluss der übrigen Umfahrungsrouten (Ostpreußendamm) zu veranlassen. Dies ist geschehen und das Amt hat eine Durchschrift des LPVA-Schreibens an SenStadt vom 16.12.02 erhalten, in dem um die Ermittlung der notwendigen Daten nachgesucht wird. Am 22.4.03 hat sich ein Vertreter der Anwohner im Amt nach dem Stand der Angelegenheit erkundigt und gleichzeitig eine Sammlung von 289 Unterschriften abgegeben. Dem Vertreter der Anwohner wurde als Zwischennachricht eine KOPIE des LPVA-Schreibens vom 16.12.02 übergeben. Die Unterschriftensammlung wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen und an das Amt zur weiteren Bearbeitung zurückgegeben.

5. Anstrahlung der „Säule der Gefangenen“ in der Wismarer Straße
   Das Amt hat sich erkundigt, ob die von der BVV gewünschte Anstrahlung aus Mitteln der Kulturverwaltung oder des Denkmalschutzes finanziert werden könnte. Beide Antworten waren negativ. Eine Beauftragung eines Ing.-Büros oder von AT.LUX zur genauen Kostenermittlung würde wiederum Geld kosten, das nicht vorhanden ist. Die einzige Möglichkeit einer Realisierung wäre eine komplette Kostenübernahme durch einen Sponsor.

6. Entwicklung der Schadenersatzforderungen aufgrund von Straßenschäden im Fachbereich Tiefbau
   Auch im Jahr 2002 war wieder ein leichter Anstieg der Schadenersatzforderungen auf 20 im Vergleich zum Vorjahr (17) festzustellen. Die Fälle werden durch das Rechtsamt bearbeitet. Problematisch sind weiterhin die zunehmenden Anzeigen wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen Mitarbeiter des Tiefbauamtes.

7. Brandschaden im Jagdschloss Glienicke vom 31.03.03
   Die bauliche Unterhaltung des Jagdschlosses Glienicke wurde vor fast zwei Jahren im Rahmen der „Abschichtung“ an das bezirkliche Hochbauamt übergeben. Davor war es in der Unterhaltungslast von SenStadt. Durch den Einsatz der Mitarbeiter des Fachbereichs Hochbau wurde das Gebäude nach dem Brand vom 31.03.03 vor weiteren Schäden gesichert und so weit wie möglich in Betrieb gehalten. Aufgrund der angespannten Personalsituation hat BauDez den Wunsch an den Bauherrn SenStadt herangetragen, dass der Wiederaufbau durch SenStadt vorgenommen wird und das Gebäude im Anschluss daran wieder in die bezirkliche Obhut übernommen werden sollte. Die Frage sei noch offen.

8. Lärmbeschwerde durch Anwohner in Nikolassee nach Wiedereröffnung des S-Bahnverkehrs
   Die Beschwerde ist als Anlage IV zur Einladung des BAU-A. vom 26.3.03 verteilt worden. Das Amt hat die Bahn um Auskunft gebeten. Das Schreiben der Bahn lehnt jegliche Verantwortung für zusätzliche Lärmbeeinträchtigungen ab.

9. Einbahnstraßenregelung Kaiserstuhlstraße
   BV Eichstädt bittet um Klärung einer Einbahnstraßenregelung in der Kaiserstuhlstraße. BauDez sagt zu, im nächsten Bau-A darüber zu berichten.

10. Aula der Zinnowwald-Schule

    Die Aula der Zinnowwald-Schule war einmal in der I-Planung enthalten, sie wurde dann gestrichen. BauDez äußert dazu, dass ihm von der Abteilung BiKuSpoBüD keine aktuelle Meldung vorläge, auch eine Meldung aus 2001 oder 2002 ist ihm nicht bekannt. Er schlägt vor, die Fragen im Rahmen der Beratung über die aktuelle I-Planung im Haush-A zu klären.

TOP 5 – Anträge

TOP 5.1 – Fahrradstraße Havelchaussee – Drs.Nr. 77 / II

Der Antrag wird vertagt.

TOP 5.2 – Kiosk am Hüttenweg / Ecke Kronprinzessinnenweg Drs.Nr. 516 / II

BauDez weist auf die Zusage des RA im OVG-Prozess hin, dass am Standort Hüttenweg / Kronprinzessinnenweg kein Handelsstand mehr zugelassen werden würde. Dies sei aber schriftlich nicht protokolliert worden. Außerdem müsse überlegt werden, ob ein neuer BA-Beschluss zur Ordnung sämtlicher Handelsstände erfolgen sollte. Auf jeden Fall müsste der o.g. Standort öffentlich ausgeschrieben werden außerdem könnten andere Standorte (Kleiner Stern oder ehem. Wasserwerk Riemeisterfenn) die Versorgung von Ausflüglern und Joggern übernehmen. Die CDU-Fraktion gibt bekannt, dass ihr noch immer nicht das vom Amt zugesagte OVG-Urteil vorliege. Eine Rundfrage ergibt, dass die Mitglieder der CDU-Fraktion und BV Kühnast (FDP) nicht im Besitz des Urteils sind. BauDez sagt zu, diesen eine Kopie des Urteils zukommen lassen zu wollen. Dies sei aber auch schon geschehen. Es stellt sich heraus, dass BV Wagner (fraktionslos) das Urteil nicht erhalten hat. Auch sie soll es noch erhalten.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Amt zu, dass die Vergabe von Standorten dem Wettbewerb unterstellt werden sollte.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 5.3 – Anbindung von Kleinmachnow nach Stahnsdorf – Drs.Nr. 613 / II (neu)

BauDez teilt mit, dass nach einer Senatsvorlage mit dem Bau der Stammbahn vor dem Jahr 2010 nicht zu rechnen sei.

Die CDU-Fraktion hat nach ihrer Beratung, ob ein S-Bahnverkehr teurer sein kann, beschlossen, dass diese Frage über das Abgeordnetenhaus durch eine Anfrage an den Senat geklärt werden soll. Die Beantwortung der Anfrage soll abgewartet werden.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 5.4 – Umsetzung der Anordnung – 30 km/h in der Garystraße – Drs.Nr. 628 / II

BauDez berichtet, dass die Überprüfung der 30 km/h-Anordnung durch die Straßenverkehrsbehörde noch nicht abgeschlossen sei.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 5.5 - Wiederaufbau der Teltow-Werft-Brücke (Sachtlebenstraße) – Drs.Nr. 632 / II (neu)

BV Eichstädt (CDU) bittet, aus dem Antrag einen Prüfauftrag zu machen. Der Antragstext wird danach wie folgt geändert:

Das Bezirksamt **wird gebeten zu prüfen**, **ob** die Teltow-Werft-Brücke über den Teltowkanal im Bereich der Sachtlebenstraße wieder für Fußgänger und Radfahrer errichtet werden kann. **Dabei** sollte das Bezirksamt ggf. darauf drängen, dass aus Kostengründen auf eingelagerte Brücken zurückgegriffen wird, (z. B. die sog. Wiener Brücke, die auf dem Lagerplatz Pankow liegt). Eine Kostenbeteiligung de Stadt Teltow ist ebenfalls zu prüfen.

Die Begründung des Antrages entfällt.

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

Das Amt sollte in dem Zusammenhang auch prüfen, ob diese Brücke nicht in das Projekt „Mauerradweg“ – und somit in eine EU-Förderung aufgenommen werden könnte.

TOP 5.6 – Umbau der Ampelanlage am Bhf. Oskar-Helene-Heim Drs.-Nr. 634 / II

Die CDU- Fraktion ist der Meinung, dass dieser Antrag keine Lösung ist. Die Fußgänger ignorieren die Schutzmaßnahmen.

Die SPD-Fraktion hält den Rückbau für finanziell nicht realistisch; das LSA-Programm und die Verbreiterung der Furt sollten aber überprüft werden.

Die antragstellende Fraktion wird gefragt, ob sie den Antrag in einen Prüfauftrag umformulieren möchte, was die SPD ablehnt.

Der Antrag wird mit 4:8:1 Stimmen abgelehnt.

TOP 5.7 – Parken im Bereich des Behring-Krankenhauses –Drs.Nr. 659 / II

BauDez berichtet, dass an das Krankenhaus geschrieben wurde mit der Bitte, um Auskünfte. Stellplätze auf dem Grundstücck können nicht mehr gefordert werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 5.8 – Aufstellen von Verkehrsschildern – Drs.Nr. 660 / II

Frau Wagner (PDS) berichtet über die örtliche Situation. BauDez erklärt dazu, dass nach Auskunft der Straßenverkehrsbehörde innerhalb von 30-Zonen keine Z 136 angeordnet werden; in Betracht könne aber ein nichtamtliches Schild kommen.

Die Fraktion der GRÜNEN regt einen Zebrastreifen an.

Die CDU-Fraktion sieht in dem Zeichen 283 die Möglichkeit, wenigstens für eine freie Sicht zu sorgen.

Herr Samulski (Dir. 4) teilt mit, dass der dortigen Kita eine „Ladezone“ vorgeschlagen worden sei, die bis heute nicht umgesetzt worden ist.

BV Körner schlägt vor, einen Prüfauftrag zu formulieren, der wie folgt lautet:

Das Bezirksamt **wird gebeten zu prüfen, ob** das Landespolizeiverwaltungsamt die Anordnung folgender Straßenverkehrsschilder **vornehmen kann**:

1. Je ein Hinweisschild „Kinder“, Zeichen Nummer 136, im Holtheimer Weg nach der Einmündung des Westfalenrings und in der Fürstenstraße nach der Einmündung der Feldstraße.
2. Haltverbotsschilder Nummer 283 vor dem Eingang der Kindertagesstätte „Holtheimer Weg“ in der Fürstenstraße.

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 5.9 – Brunnen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf – Drs.Nr. 661 / II

Der Antrag wird ohne Diskussion einstimmig angenommen.

TOP 5.10– Mautgebühren – Drs.Nr. 663 / II

Der Antrag wird ohne Diskussion mit 12:1:0 Stimmen angenommen.

TOP 5.11 – Geschäftszentrum Chausseestraße – Drs.Nr. 671 / II

BauDez teilt mit, dass das LPVA keine Zustimmung signalisiert hat. Die SPD-Fraktion kennt ein vergleichbares Schild, welches an der Spanischen Allee steht (mit Hinweis auf den S-Bhf. Nikolassee). Man wolle hier die kleinen Geschäfte unterstützen. Die Fraktion der GRÜNEN hält ein Hinweisschild für nicht angemessen. Das Zentrum ist zu klein, um ein Hinweisschild zu rechtfertigen.

Die Fraktion der CDU schließt sich dieser Meinung an.

Der Antrag wird mit 4:9:0 Stimmen abgelehnt.

TOP 5.13 – Ampelschaltung in der Potsdamer Chaussee – Drs.Nr. 682 / II

BauDez berichtet, dass es aufgrund der Geometrie nicht möglich ist, in beiden Fahrtrichtungen die Ampelschaltung zu koordinieren. In Richtung Zehlendorf sind die Ampeln mit 50 km/h in den Abend- und Nachtstunden bereits koordiniert.

Die Fraktion der GRÜNEN bittet darüber nachzudenken, ob nicht ein Geschwindigkeitshinweis für die nicht koordinierte Richtung angebracht werden könnte.

Die Fraktion der SPD bittet die Fraktion der FDP, noch einmal über den Antrag zu beraten, ob er aufrecht erhalten bleiben soll.

Die FDP-Fraktion bittet, den Antrag zurückzustellen, da noch Beratungsbedarf besteht.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 5.14 – Öffentlicher Sammelcontainer – Drs.Nr. 683 / II

BauDez stellt zu Beginn klar, dass nur noch Altglas in Containern auf Straßenland gesammelt wird. Die vorhandenen Standorte sind etwa hälftig auf die Entsorgungsfirmen THENUS und MEYER aufgeteilt. Die Fa. Wall ist in diesem Zusammenhang bisher noch kein Vertragspartner des BA.

Die Fraktion der FDP hat bei dem Antrag an die Container der Fa. WALL vor dem Rathaus Reinickendorf gedacht. Die SPD-Fraktion ergänzt, dass diese Container möglicherweise gut schallisoliert sind, so dass sie nicht so abseits von der Wohnbebauung aufgestellt werden könnten.

BauDez gibt den Hinweis, dass die jetzigen Entsorgungsfirmen an das Tiefbauamt ein Sondernutzungsentgelt (z.Zt. ca. 40.000 € pro Jahr) zahlen, das dem Umwelt für umweltschutzfördernde Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. Es müsste geprüft werden, ob sich eine neue Firma an diese Konditionen hält.

BauDez sagt zu, dass er dieses Thema in dem bereits terminierten Gespräch mit der Fa. Wall ansprechen wird, um Näheres über die Aufstellung von Containern zu erfahren. Er wird darüber im nächsten Bau-A zu berichten.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 6 – Verschiedenes

BauDez bittet, die TOPs „Produktkostenrechnung“ und „Mittelabfluss im Baubereich“ in den Bau-A für Juni 2003 aufzunehmen, da er im nächsten Bau-A (Mai) wegen einer Dienstreise nicht anwesend sein wird.

BV Sunkel (FDP) spricht die KA 146 / II vom Oktober 2002 – Sedanstraße 44 – an und bittet um den derzeitigen Sachstand. BauDez verweist dazu auf den nächsten Ausschuss für Stadtplanung, Naturschutz und Landschaftspflege am 29. April 2003.

BV Körner bedankt sich bei den Anwesenden und teilt mit, dass der 1. gemeinsame Ausschuss für Bauen und Wirtschaft zum Themenkomplex „Schloßstraße“ am 16.05.2003 stattfinden wird.

Vorsitzender: Herr Körner

Schriftführer: Herr Kühnast

Protokoll: Frau Andreas